

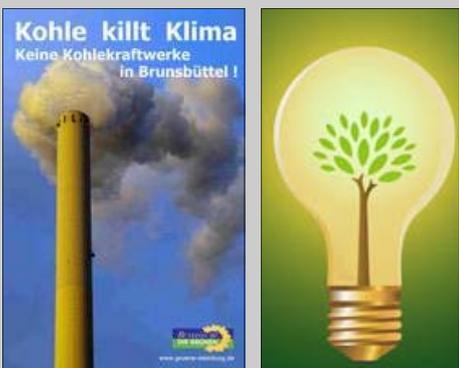


Allein das Einspeisegesetz sorgt für sauberen Strom

„Zugespitzt gesagt bleibt es vorerst dabei, dass Ökostromkunden keine realwirtschaftliche Nachfrage bewirken; sie tragen ebenfalls nicht wirklich zur Einsparung von CO₂ bei. Was die Kunden für einen minimalen Aufpreis kaufen, ist eine Form des Ablassbriefs – ein bloßes Papier, das ihnen ein reineres Gewissen zusichert. Das Energiewirtschaftsgesetz hat uns mit der Täuschung beschenkt, das Klimaproblem sei hier über Konsumentenentscheidungen zu lösen. Tatsächlich ist eher die deutsche Einspeisevergütung (Erneuerbare-Energien-Gesetz) verantwortlich für den im europäischen Schnitt hohen Ökoanteil bei der deutschen Stromproduktion. Wenn die Einspeisevergütung angehoben wird, wird der Aufbau entsprechender Produktionskapazitäten sofort rentabel. Mehr Ökostrom ergibt sich dabei also über einen einfachen Marktmechanismus. Diese Art der Marktwirkung ist dem neoliberalen Denken aber eher suspekt. Es zeigt sich nämlich, dass die Klimakatastrophe nicht abzuwenden ist, indem wir warten, bis sich genug Einzelne ganz individuell und allein zu einem Beitrag entschlossen haben.“ Dies ist auf einer Ökoseite aus Bochum im Internet zu lesen - und der Autor fährt fort:

Ökostrom-Illusionen

„Politisch gesehen wirkt ... der Etikettenschwindel mit dem Ökostrom, tendenziell als Angriff auf die Einspeisevergütung. Genau deshalb finde ich sinnvoll, das Geschäftskonzept der Ökostromer zu kritisieren. Ihre Geschäftsgrundlage ist nämlich ein Märchen von der tollen Wirkung einer umweltbewussten Verbrauchernachfrage. Dieses Märchen wird politisch als Argument dafür benutzt, dass das staatliche Zwangsinstrument Einspeisevergütung wegfallen könne oder zumindest zu kürzen sei.“ Kein Wunder hat die FDP, die ja für Atomstrom wirbt, im Kreistag begeistert dem Antrag der Grünen zugestimmt, auf die Mogelpackung Ökostrom umzustellen.



Dreckschleuder in Brunsbüttel - unrentabel nach Kohlepreisexplosion

Was die Grünen über den Bau eines Kohlekraftwerkes in Lübeck schreiben, gilt auch für das Tübinger Kohlekraftwerkprojekt in Brunsbüttel: „Aus Grüner Sicht ist die Wirtschaftlichkeit dieses Kraftwerks nicht mehr gegeben. ...Die Investitionskosten ... haben sich fast verdoppelt: ...Ab 2013 soll die Versteigerung der CO₂ Zertifikate zur Regel werden. Auch neu errichtete Kraftwerke müssen dann ihre CO₂ Rechte auf Auktionen erwerben. Für die dritte Handelsperiode (2013 bis 2020) erwartet die EU-Kommission Preise für den Kohlendioxidhandel zwischen 30 und 57 Euro pro Tonne CO₂. ...Das Kraftwerk wird, je nach Auslastung, 4-5 Mio. t CO₂ jährlich emittieren. Dies entspricht zusätzlichen jährlichen Kosten zwischen 120 und 285 Mio. Euro. Die Zertifikatskosten wurden vermutlich in der bisherigen Wirtschaftlichkeitsrechnung nicht berücksichtigt. ... Trianel hat nach unseren Informationen mit einem Kohlepreis von rund 50 US-Dollar ausgehend kalkuliert ... Aktuell bewegt sich der Kohlepreis bei rund 100 US-Dollar. Für Lübeck bedeutet dies: Die Investition für das Kohlekraftwerk Lünen beträgt nicht mehr 20 Mio. Euro, sondern erhöht sich auf knapp 40 Mio. Euro. Die Brennstoffkosten für Kohle sind von 50 auf über 100 US-Dollar pro Tonne gestiegen und werden voraussichtlich weiter steigen.“ Die Tübinger Grünen sind erst spät aufgewacht.

Bluegreen-Ablasshandel für Dreckschleuder in Brunsbüttel

Am 10. Februar 2008 schrieb ich in einem Leserbrief, die Tübinger Stadtwerke benötigten das mit dem überbeuerten Öko-Mogeltarif „Bluegreen“ den Tübingern abgezockte Geld „für die Kohledreckschleuder in Brunsbüttel“. Seither rumort es bei den Tübinger Grünen. Ohne Not stellte sich Palmer hinter den Stadtwerke-Größenwahn. Seinen Gegnern Herrmann (MdB) und Neuenhaus (MdL) kam das gerade recht, allerdings erst, als Özdemir mit Unterstützung Palmers seinen Hut in den Grünen-Vorstandsring geworfen hatte. Witzi gerweise sprach Neuenhaus von einer Altlast aus Russ-Scherers Oberbürgermeister-Zeiten, ohne zu sagen, dass die Grünen die Altlast und den Kraftwerkbeschluss mitgetragen haben. Da ging es allerdings noch um ein gasbetriebenes Kraftwerk, das eine grüne Bürgerinitiative zurecht zu Fall brachte.

Weil vor Jahr und Tag die Kohle noch billig war, schwenkten die Schlaumeier in Nadelstreifen von den Stadtwerken auf ein Kohlegroßkraftwerk um. Das Dumme ist nur, dass die Zeiten der billigen Importkohle vorbei sind. Wie andere Kohlekraftwerksbauer kalkulieren die schwäbischen Kraftwerkskrauter mit einem Kohlepreis, der unter dem heutigen liegt, im Durchschnitt der nächsten 35 Jahre. Allein im letzten halben Jahr stieg der Preis für die Import-Steinkohle auf etwa 100 €/t. Und es ist noch kein Ende der Preissteigerung abzusehen. Das Investmenthaus JP Morgan erhöhte am 18. Juni 2008 seine Prognose für den Preis pro Tonne Kohle von 240 auf 300 \$ im Jahr 2009. Das wäre mit etwa 200 € mehr als das Doppelte der Kalkulation.

Boris goes Oskar: Schwarz-grünes Kohlekraftwerk im roten Saarland?

Da wird ja die deutsche Steinkohle wieder interessant, deren Produktionskosten bei 150€/t liegen. Abgesehen von Umweltgesichtspunkten ist ein Standort Brunsbüttel und die Orientierung nur an der Importkohle von deren Preisentwicklung ad Absurdum geführt worden. Da wäre es fast aussichtsreicher, wenn Boris Palmer mit dem zukünftigen roten Ministerpräsidenten vom Saarland, mit Oskar Lafontaine, über einen Kraftwerkstandort redete, wenn es ums Verrecken eine schwarze Kohledreckschleuder sein muss.

Ende mit Schrecken oder Schrecken ohne Ende

Für Tübingen ist es auf jeden Fall billiger, sofort aus dem Brunsbüttel-Projekt auszusteigen. Die explodierenden Preise der Importkohle können das Brunsbüttel-Projekt unrentabler machen als eine Kooperation mit dem deutschen Kohlebergbau. Vielleicht findet sich auch noch ein Stadtwerke-Trottel, der den Tübinger Anteil von etwa 150 000 € abkauft. Dem verkalkulierten Geld weiter Millionen für eine Kapitalerhöhung nachzuwerfen, wäre fast kriminelle Verschwendung. Insgesamt soll Tübingen der Brunsbüttel-Rohrkrepierer 12 Millionen Euro kosten. Eine Investition in unbezahlbaren Strom. Eine weitere Tübinger Investitionsruine auf Kosten der Steuerzahler. Vom eigenen Geld hätten weder die Stadtwerke-Direktoren, weder Bürgermeister noch Stadträte einen müden Euro in das Brunsbüttel-Abenteuer, die automatischen Parkhäuser der Südstadt oder die Ruine an der Blauen Brücke investiert.



„Gläsernes Rathaus“
verantwortlich 1975 wie heute:
Anton Brenner